

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Christoph Maier

Abg. Alfred Grob

Abg. Tim Pargent

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Stefan Schuster

Abg. Alexander Muthmann

Staatssekretär Gerhard Eck

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 30** auf:

**Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Ferdinand Mang, Andreas Winhart
(AfD)**

Straftaten gegen Studentenverbindungen in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassen (Drs. 18/7645)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Maier von der AfD-Fraktion.

Christoph Maier (AfD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!
28. November 2019, Passau:

Buttersäureanschlag auf Passauer Burschenschaft? Strenger Geruch hat in einem Passauer Wohnhaus einen Großeinsatz von Feuerwehr und Polizei ausgelöst.

24. November 2019, Erlangen:

In der Nacht von Samstag auf Sonntag warfen offenbar unbekannte Personen Farbbeutel gegen die Wand des Hauses der Erlanger Burschenschaft Frankonia. Außerdem schleuderten sie einen Stein gegen das Haus und verklebten mit einem Klebstoff die Eingangstür.

20. Juli 2019, München:

Linksextreme überfallen jungen Burschenschafter. Der Schüler erlitt eine blutende Wunde am Kopf sowie Schwellungen im Gesicht. Die drei verummten Täter konnten unerkannt fliehen.

Die Tat erfolgte am Rande einer Demo der Linken an der LMU gegen Studentenverbindungen mit dem Motto "Fresse statt Gläser polieren". Das war eine eindeutige Aufforderung der Veranstalter, die zu dieser Straftat führte.

Demokratinnen und Demokraten, die hässliche Fratze des Linksextremismus hat viele Gesichter. Linke Gewalt steht nicht nur gegen die Partei Alternative für Deutschland auf der Tagesordnung; auch konservative studentische Vereinigungen wie Burschenschaften, Korps, katholische Verbindungen und weitere Formen von Studentenverbindungen sind regelmäßig das Ziel der Antifa, wie diese drei Beispiele zeigen.

Wir fordern in unserem Antrag, Straftaten gegen Studentenverbindungen und deren Mitglieder endlich in der Polizeistatistik zu erfassen. Zahlen erhebt die Staatsregierung bereits zu Themenfeldern wie Straftaten gegen politische Mandatsträger oder rechte Straftaten im Cyberraum. Statistische Erhebungen über politisch motivierte Straftaten gegen Studentenverbindungen gibt es aber in Bayern im Gegensatz zu Ländern wie Hessen oder Mecklenburg-Vorpommern bisher nicht.

Staatsminister Joachim Herrmann gab vielmehr in einer Stellungnahme auf eine Schriftliche Anfrage wörtlich an: Die Staatsregierung habe keine allgemeinen Erkenntnisse, wonach Studentenverbindungen oder deren Mitglieder überhaupt in auffälligem Umfang das Ziel von Attacken jedweder Art seien. – Diese Aussage, sehr geehrte Damen und Herren, ist eine Frechheit.

(Beifall bei der AfD)

Bereits in unserer Schriftlichen Anfrage hatten wir Minister Herrmann darauf aufmerksam gemacht, dass die auffällig hohe Zahl von Straftaten gegen Studentenverbindungen wissenschaftlich belegt ist. Darüber hinaus dokumentiert die nichtstaatliche Initiative für Toleranz und Zivilengagement seit 2010 Straftaten gegen Studentenverbindungen. Auf deren Internetseite, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, finden sich 72 mutmaßlich politisch motivierte Straftaten gegen Studentenverbindungen an bayerischen Hochschulen, von Sachbeschädigungen bis zu Brand-

stiftungen und Körperverletzungen. Diese Zahlen mögen in der Gesamtzahl der Verbrechenstatistiken marginal erscheinen, sind aber im Kontext politischer Straftaten signifikant. Es ist daher dringend geboten, amtliche Zahlen zu Straftaten gegen Studentenverbindungen zu erhalten.

Fragen nach Hotspots linker Gewalt, den benutzten Tatmitteln und der Art der Gewalt müssen beantwortet werden können. Es bedarf solider und hochschulspezifischer Daten, auf deren Grundlage dann auch endlich geeignete Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen.

Meine Damen und Herren, studentische Kooperation – ich weiß, einige hier im Raum sind ebenfalls farbtragend oder auch waffenschlagend – sind seit über 200 Jahren integraler Bestandteil der Hochschulen und Universitäten des deutschen Kulturraumes. Die deutschen Burschenschaften sind Vorkämpfer für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einheit der deutschen Nation

(Beifall bei der AfD – Lachen)

– ich höre Gelächter – jene Werte, die von dem linksgrünen Lager hier verachtet werden. Einschüchterungen und Gewalt durch Linksextreme dürfen von der Staatsregierung nicht länger bagatellisiert werden. Es ist Zeit, hier endlich Abhilfe zu schaffen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Alfred Grob von der CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Alfred Grob (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Wochen haben wir uns hier anlässlich eines Dringlichkeitsantrags betreffend "Null Toleranz bei Gewaltexzessen und Zerstörungswut! Wir beschützen die, die uns beschützen!" über das Thema "Unterstützung unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten" unterhalten. Sie können sich sicherlich erinnern.

Der Tenor war, dass die Polizei Tag für Tag eine tolle Arbeit unter Einsatz ihres Lebens erbringt und für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sorgt. Wir wissen das natürlich; denn wir können uns an die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik aus dem vergangenen Jahr, die durchaus gut waren, erinnern. Wir haben seit 40 Jahren die geringste Kriminalitätsbelastung, nach der Häufigkeitszahl gerechnet, und erfreulicherweise seit 25 Jahren die beste Aufklärungsquote. Das bedeutet: In Bayern zu leben, heißt auch, sicher zu leben. Wir sind das sicherste Bundesland.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Warum sage ich das? – Dass die Menschen sicher leben können, gilt auch für 350.000 Studentinnen und Studenten in Bayern, die an unseren Universitäten und Hochschulen eingeschrieben sind, und auch für diejenigen unter den Studenten, die Studentenverbindungen oder Burschenschaften angehören. Auch sie können sich darauf verlassen, dass in Bayern zu leben, sicher zu leben heißt. Das ist das Erste, was ich vorausschicken möchte.

Das Zweite beleuchtet vielleicht ein bisschen den Hintergrund der polizeilichen Erfassung von Straftaten. Bei den Straftaten gegen Studentenverbindungen handelt es sich gemäß der bundesweit – und das ist wichtig – einheitlichen Definition dann um politisch motivierte Kriminalität, wenn die Delikte gegen eine Person wegen der ihr zugeschriebenen – ich muss das ablesen – oder tatsächlichen politischen Haltung bzw. der Einstellung oder des Engagements gerichtet sind.

Das weiß man natürlich bei vielen Straftaten von Anfang an gar nicht. Bei Straftaten, bei denen keine Täter ermittelt werden, kein Bekennerbrief und nichts am Gebäude oder Ähnliches angebracht ist, kann man bestenfalls mutmaßen, ob hier eine politische Motivation zugrunde liegt. Ich kann auch beruhigen: In Bayern wird jede Straftat, die begangen wird, in der PKS hinterlegt, und zwar als Einzelstraftat, ob dies eine Körperverletzung, eine Sachbeschädigung oder sonst etwas ist. Der Antrag ist insofern

falsch formuliert, denn jede Straftat in Bayern wird in der PKS erfasst. – Das vorausgeschickt.

Jetzt aber zu dem Antrag der AfD. Man möchte, dass im Kriminalpolizeilichen Meldedienst unter der Rubrik "Politisch motivierte Kriminalität" – kurz abgekürzt KPMD-PMK, die Polizisten unter uns kennen das – die Straftaten gegen Burschenschaften und Studentenverbindungen abbildet wurden. Da dreht man schon am großen Rad, und da muss man die Organisation kennen. Die Änderung einer entsprechenden Rechercheparameterdefinition muss in einem Bund-Länder-Gremium beschlossen werden. Das geht nicht einfach so, dass man sagt: Wir in Bayern machen einen Alleingang.

(Zuruf)

– Da möchte ich schauen, wie Sie das erfassen. Auf jeden Fall funktioniert die klassische Erfassung im Meldedienst "Politisch motivierte Kriminalität" so, dass das bundesweit einheitlich laufen muss. Hierzu brauche ich natürlich einen Gremienbeschluss – der Staatssekretär nickt, denn das weiß er natürlich auch –, der über die entsprechenden Gremien zu besorgen ist. Entweder geht es über die Innenministerkonferenz oder die AG Kripo. Da wird sich so ein Phänomen mit relativ wenigen Fallzahlen mit Sicherheit nicht durchsetzen.

Eine bayernweite Regelung gibt es nicht, weil dies das Gesetz verbietet. Eine bundesweite Regelung wird es wohl auch nicht geben, weil hier die Fallzahlen, Gott sei Dank, nicht dafür sprechen. Es ist ganz einfach so. Zum Glück haben wir dieses Problem, was den Umfang betrifft, nicht. Das möchte ist feststellen.

Mit anderen Worten: Nach allen vorliegenden Erkenntnissen gibt es keine Anzeichen einer besonderen Gefährdung von Studentenverbindungen oder deren Mitgliedern. Das sagt sowohl die Bayerische Staatsregierung als auch die bayerische Polizei.

Vielleicht ein paar Tipps aus der polizeilichen Praxis: In Bayern werden, wie ich gesagt habe, alle Straftaten, die begangen werden, in der Polizeilichen Kriminalstatistik als

Einzeldelikt erfasst. Nicht jede denkbare Fragekonstellation kann über Erhebungen und Sonderauswertungen im Kriminalpolizeilichen Meldedienst – abgekürzt KPMD – abgebildet und wiedergegeben werden, weil man sonst das Instrument kaputtmachen würde, ganz klar.

Entscheidend ist doch, und das möchte ich betonen, dass die Mitglieder von Studentenverbindungen, wie ein jeder andere Bürger und wie eine jede andere Bürgerin auch, sich sicherfühlen können. Dafür bieten unsere Polizeidienststellen Gewähr.

Jetzt mein Tipp: Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass die örtlichen Polizeien, die örtliche Kriminalpolizei und die örtlichen Staatsschutzdienststellen eine ordentliche Lagebilderstellung betreiben. Wenn ein Hotspot in dem Bereich – um das Wort mal wieder zu verunglimpfen – irgendwo entsteht, dann können Sie sich darauf verlassen, dass die örtliche Kripo hier tätig wird, dass es ein örtliches Lagebild gibt und dass alles getan wird, um im Einzelfall entstehende Straftaten aufzuklären und, viel besser noch, um die Taten zu unterbinden oder zu verhindern. Das ist der örtliche Ansatz, der ist wichtiger als irgendein bundesweites Recherchekriterium.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass die Bayerische Staatsregierung beileibe alles unternimmt, um die Sicherheit in unserem Land nach vorne zu bringen und zu garantieren. Dazu brauchen wir keine solchen Schaufensteranträge wie den, der hier gestellt worden ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Grob, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Maier gemeldet. Herr Maier, bitte.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Grob, wenn Sie sich gerade schon auf die Erkenntnisse der Staatsregierung gestützt haben, werde ich den Umfang der Erkenntnisse heute noch einmal erweitern. Es geht um eine Anfrage an die Staatsregierung, ob

Straftaten gegen Studentenverbindungen und das linke "Kafe Marat" in einem Zusammenhang stehen. Das "Kafe Marat" ist in der Thalkirchner Straße in München. Die Staatsregierung hat darauf geantwortet, dass das "Kafe Marat" – ich zitiere – Teil eines selbstverwalteten Kulturzentrums ist. Es dient Linksextremisten, insbesondere Autonomen als Treffpunkt, logistisches Zentrum und Informationsbörse. Daneben nutzen auch andere nichtextremistische kulturelle und gesellschaftliche Gruppen diese Einrichtung für Treffen und Veranstaltungen.

Am 12. Juli 2019 fand im "Kafe Marat" eine von der linksextremistischen Gruppierung "Antifa-NT" organisierte Einführung in die Kritik an Studentenverbindungen statt. Jetzt meine Frage an Sie: Wie erklären Sie, dass die CSU in München dieses "Kafe Marat" finanziell unterstützt, wo dort doch in extremistischer Weise Aufklärungsarbeit im Sinne von Agitation gegen Studentenverbindungen betrieben wird?

Alfred Grob (CSU): Darauf kann ich Ihnen wirklich keine Antwort geben. Da müssen Sie vielleicht irgendwo in München nachfragen. Ich kann Ihnen so viel sagen: Ich bin Kreisvorsitzender der CSU in Ingolstadt. Unser CSU-Haus wird mit Sicherheit alle zwei bis drei Monate mit irgendeiner Schmähschrift besudelt, manchmal wird die Türe zugeklebt. Ehrlich gesagt, mir ist trotzdem noch nie in den Sinn gekommen, das bundesweit als politisch motivierte Kriminalität in einer Bundesstatistik erfassen zu lassen. Mir war es viel wichtiger, dass die örtliche Staatsschutzdienststelle davon gewusst und ordentlich ermittelt hat. Dann wird nämlich ein Schuh draus, und dann findet man vielleicht den Täter, denn das ist relevant, weil man dann auch Schadenersatzansprüche stellen kann.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Tim Pargent von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Pargent, Sie haben das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie schon im Ausschuss und gerade eben von meinem Vorredner ausführlich berichtet und ausgeführt, werden auch wir GRÜNE dem Antrag nicht zustimmen. Straftaten gegen Studentenverbindungen und deren Mitglieder werden kriminalstatistisch nicht gesondert erfasst. Das werden Sie übrigens genauso wenig wie Straftaten gegen andere einzelne Bereiche des Vereinslebens. Dafür besteht auch kein Anlass, denn falls solche Straftaten stattfinden und diese politisch motiviert sein sollten, werden Sie im KPMD, dem Kriminalpolizeilichen Meldedienst, sehr wohl erfasst. Überdies liegen nach Auskunft der Staatsregierung, nicht der GRÜNEN, keine Erkenntnisse vor, nach denen Studentenverbindungen oder deren Mitglieder in auffälliger Weise Ziel von Attacken geworden sind, wie Sie das in Ihrem Antrag behaupten. Was aber leider schon erwähnenswert ist: Zwei Studentenverbindungen in Bayern, und zwar die "Danubia München" und die "Markomannia Wien zu Deggendorf" stehen unter Beobachtung des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Das ist leider wahrlich kein Aushängeschild der Studentenverbindungen in Bayern. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als nächster Redner kann sich Herr Kollege Wolfgang Hauber von der Fraktion der FREIEN WÄHLER bereit machen. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es eigentlich ganz kurz machen, wenn ich mich nur auf die Überschrift Ihres Antrags beziehen würde. Da heißt es: Straftaten gegen Studentenverbindungen in der PKS erfassen. – Herr Kollege Grob hat es schon gesagt: Jede Straftat, die bei der Polizei zur Anzeige gebracht wird, wird selbstverständlich in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. Eigentlich wäre der Antrag damit erledigt, man könnte einen Haken dahinter machen. Man müsste den Antrag ablehnen.

Wenn man aber darüber hinausschaut, dann stellt man fest, Straftaten, die sich gegen Studentenverbindungen richten, werden über den Kriminalpolizeilichen Meldedienst zusätzlich in einer Datei erfasst, und zwar unter dem Schlagwort "Politisch motivierte Kriminalität". Auch dazu hat Herr Kollege Grob schon umfangreiche Ausführungen gemacht. Deshalb will ich mich auch hier kurzfassen. Wozu dient dieser Kriminalpolizeiliche Meldedienst? – Er dient dem Informationsaustausch zwischen Polizeidienststellen, dem Landeskriminalamt und dem Bundeskriminalamt, um die polizeiliche Lage zu bewerten und daraus polizeiliches Handeln ableiten zu können. Bei den Straftaten gegen Studentenverbindungen hat offenbar der Bund, der für die Schlagwortvergabe zuständig ist, nach der man recherchieren kann, offenbar noch keine Notwendigkeit gesehen, dieses Kriterium als Parameter in den Polizeilichen Meldedienst aufzunehmen. Ein bayerischer Handlungsspielraum ist dabei nicht gegeben. Herr Kollege Grob hat das ausgeführt. Es soll eine bundeseinheitliche Datei sein; deshalb werden die Parameter vom Bund festgelegt.

Jede Polizeidienststelle erstellt für ihren Bereich einen Sicherheitsbericht. Das heißt, wenn in Städten, in denen es studentische Verbindungen gibt, in auffälliger Weise Straftaten geschehen, dann weiß das die Polizeidienststelle vor Ort. Sie wird auf ihrer Ebene, also auf der lokalen Ebene, selbstverständlich die Dinge bewerten und entsprechende Handlungen daraus ableiten. Es steht nichts entgegen, auch wenn das nicht mit einem Suchparameter auf Bundesebene hinterlegt ist.

Zum Abschluss möchte ich sagen: Die bayerischen Sicherheitsbehörden werden alle rechtlichen und tatsächlich möglichen präventiven und repressiven Maßnahmen ergreifen, um jegliche politisch motivierte Kriminalität zu bekämpfen und zu verhindern. Damit ist, so glaube ich, zu Ihrem Antrag alles gesagt. Dem Antrag kann aus meiner Sicht nicht zugestimmt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Stefan Schuster von der SPD-Fraktion. Herr Schuster, bitte schön.

Stefan Schuster (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die AfD will, dass Straftaten gegen Studentenverbindungen gesondert in der Kriminalstatistik erfasst werden. Aus unserer Sicht besteht dafür überhaupt kein Bedarf. Klar ist: Jegliche Gewalt ist abzulehnen und jegliche Gewalttat ist zu verfolgen. Das wurde heute auch schon mehrfach angesprochen. Diese Gewalttaten werden in der Kriminalstatistik auch erfasst.

Kolleginnen und Kollegen, die allermeisten Studentenverbindungen sind demokratisch und machen gute Arbeit.

(Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

Bei dem Versuch, rechten Verbindungen eine Opferrolle anzudichten, machen wir nicht mit.

(Lebhafter Beifall – Unruhe bei der AfD)

Die Kriminalstatistik soll ein objektives Lagebild abgeben und nicht Schauplatz für die AfD-Ideologie sein, wonach überall der Linksextremismus lauert. Ich kann hier nur die Aussage von Horst Seehofer wiederholen: Die größte Gefahr für unseren Staat kommt von rechts.

(Unruhe bei der AfD – Lebhafter Beifall)

Ich kann Ihnen versichern, die SPD wird diese Gefahr immer bekämpfen. In diesem Zusammenhang muss man auch nochmals – und das hat Herr Kollege Pargent schon angesprochen – darauf hinweisen,

(Unruhe bei der AfD)

dass es in Bayern einige Burschenschaften wie "Danubia" gibt, die klar rechtsextrem sind. Es gibt eine Partei ganz rechts außen, die solche Burschenschaften als Kaderschmiede nutzt.

(Unruhe bei der AfD)

Der derzeitige AfD-Fraktionsvorsitzende in der Hamburgischen Bürgerschaft, Alexander Wolf, ist zum Beispiel Mitglied der "Danubia". Anstatt, wie in Ihrem Antrag sinnlos gefordert, zusätzliche Bürokratie einzuführen, müssen wir hier ganz genau hinschauen und rechtsextreme Strukturen mit aller Härte bekämpfen. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Lebhafter Beifall – Zurufe: Bravo, bravo! – Unruhe bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Herr Kollege Grob hat die Angelegenheit schon im Ausschuss erläutert, fachkundig wie immer und an dieser Stelle auch so, dass man dem umfassend folgen kann. Im Ausschuss hat auch keine Fraktion Anlass gesehen, das noch weiter anzureichern. Heute ist das noch ein paar Mal ergänzt worden. An dieser Stelle ist also alles gesagt. Ich habe Zweifel, dass Sie das auch mit diesen vielen Erläuterungen verstanden haben. Ich habe aber auch Zweifel, dass ich dazu jetzt noch den letzten Schub geben könnte.

(Unruhe bei der AfD)

Deshalb will ich es bei der Mitteilung belassen: Wir schließen uns den Ausführungen an und lehnen den Antrag ebenfalls ab.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun für die Staatsregierung der Staatssekretär des Innern, Herr Gerhard Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt viele wichtige Dinge, die wir besprechen sollten und besprechen müssten. Ich weiß nicht, ob dieser Antrag dazugehört. An dieser Stelle will ich nur, weil viel darüber geredet worden ist, einiges faktisch klarstellen, und dies ohne jegliche Emotion nach links und nach rechts. Das lasse ich alles weg.

Tausende von Kriminalitätsdelikten – Tausende! – gibt es, und alle werden in der Statistik erfasst. Punkt! Es gibt keinen Schwerpunkt in dieser Richtung, und es nützt auch nichts, wenn wir eigene bayerische Aufzeichnungen machen, eine Statistik führen. Es gibt bundeseinheitliche Standards. Wenn wir diese Standards nicht einhalten, haben wir letztlich überhaupt keine Chance, Delikte zu verfolgen, weil sich das alles nicht nur über die Landesgrenzen, sondern auch über die Bundesgrenzen hinweg abspielt. Folglich gibt es überhaupt keinen Grund, eine Änderung herbeizuführen.

Deshalb ist dieser Antrag nicht nur sinnlos, sondern er ist auch nicht umsetzbar, weil die Parameter, die zu berücksichtigen sind, bundesweit aufgestellt werden müssen. Wenn irgendjemand eine Änderung herbeiführen möchte, muss er das folglich bundesweit durchsetzen.

In diesem Sinne: Der Antrag ist falsch und überflüssig. Deshalb bitte ich darum, ihn abzulehnen.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Abgeordneter Maier gemeldet. Herr Abgeordneter Maier, bitte.

Christoph Maier (AfD): Gerade noch rechtzeitig! – Herr Staatssekretär, vielen Dank für die Ausführungen. Sie haben den Antrag jetzt einfach so abgeschmettert, als sei er völlig aus der Luft gegriffen. Ich habe doch die Zahlen zuvor dargelegt. Es ist sehr wohl so, dass an bayerischen Hochschulstandorten Studentenverbindungen massiv angegriffen werden. Sie können sich in Ihrem CSU-Kollegenkreis umhören. Einige

sind korporiert. Sie können sicherlich bestätigen, dass auch katholische Korporationen immer wieder von Linksextremen mit Farbbeuteln und dergleichen angegriffen und Couleurträger auf offener Straße attackiert und blutig geschlagen werden, unabhängig davon, ob es Burschenschafter sind oder ob sie einer anderen Studentenverbindung angehören. Allein die Tatsache, dass sie in der Öffentlichkeit Couleur tragen, macht sie zu einem gewollten Ziel linksextremer Kräfte.

Meine Frage lautet einfach: Können wir uns nicht darauf verständigen, dass etwas mehr Sensibilität auch seitens der Staatsregierung an den Tag gelegt wird, wenn es um dieses Thema geht?

(Beifall bei der AfD)

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Im Bereich der inneren Sicherheit, lieber Herr Kollege, sind wir, so glaube ich, sehr sensibel. Wenn Sie das mit anderen Bundesländern vergleichen, dann müssten Sie an dieser Stelle sagen: Kompliment für die Arbeit, die im Freistaat Bayern geleistet wird – von der Staatsregierung, aber ganz besonders von unseren Polizistinnen und Polizisten. Denen will ich an dieser Stelle ganz besonders herzlich danken. Punkt!

Weiter will ich dazu sagen: Wenn unsere Polizistinnen und Polizisten nicht das entsprechende Werkzeug dafür bekommen würden, dann könnten sie wahrscheinlich auch nicht ganz in dieser Qualität arbeiten.

Und um das Wort "Sensibilität" noch einmal aufzugreifen: Wenn wir nicht sensibel auf all die Delikte, die unsere Polizistinnen und Polizisten auf den Tisch bekommen, schauen würden, dann hätten wir auch nicht solche Aufklärungsquoten. Sie können mir glauben: Wenn dies ein Schwerpunkt wäre, dann stünde das bei uns sofort im Mittelpunkt. Ich kann Ihnen in einer ganz ruhigen Tonlage sagen: Wenn es zum Schwerpunkt wird, wenn es im gesamten Statistikbereich auffällig wird, dann werden wir handeln.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD, die GRÜNEN und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.